



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlüsse und überwiesene Anträge
UB-Parteitag, 17. März 2018

Beschlüsse:

- A 1 Bremen wächst – Dafür brauchen wir 2.500 neue Wohnungen pro Jahr**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung
- A 2 Bei der Vergabe öffentlicher Flächen ist auch mit dem Instrument des Erbbauvertrags zu arbeiten.**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung
- A 3 Der Anteil der geförderten Wohnungen soll ab dem 1.7.2018 von 25% auf 30% gesteigert werden.**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung
- A 4 Wir wollen vielfältige Quartiere und soziale Durchmischung in unserer Stadt!**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung
- A 5 Wir brauchen auch Wohnungsneubau für mittlere Einkommen!**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung
- A 7 Schulkonsens um Qualitätspakt erweitern –
Oberschulen stärken, Kontinuität ermöglichen**
Antragsteller: UB Vorstand
- A 8 »Erneuerung« nur mit klarem friedenspolitischem Profil!**
Antragssteller: Ortsverein Peterswerder/Steintor
- A 9 Gebührenfreie Kitas als Beitrag zur wachsenden Stadt**
Antragssteller: Ortsverein Peterswerder/Steintor
- A 10 Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte verbessern - Tarifvertrag für „HiWis“ abschließen!**
Antragssteller: Jusos
- A 12 Die SPD muss die Medien-Präsenz stärken.
Neue Konzepte, mehr finanzielle Mittel und mehr Personal für die neuen Medien.**
Antragssteller: Ortsverein Kattenturm/Kattenesch

A13 Umrüstungskosten
Antragsteller: Ortsverein Borgfeld

Überweisung an UB-Vorstand:

A 11 Racial Profiling die Quittung geben: Mehr Transparenz bei Polizeikontrollen
Antragssteller: Jusos

Bremen wächst – Dafür brauchen wir 2.500 neue Wohnungen pro Jahr

- 5 Die Entwicklung der Einwohnerzahlen Bremens macht es erforderlich, den Wohnungsbau weiter zu steigern. Außerdem möchten wir mehr Bremerinnen und Bremer ein Angebot für gutes und preisgünstiges Wohnen innerhalb unserer Landesgrenzen machen. Daher soll die jährliche Zielvorgabe für den Wohnungsbau auf 2.500 u.a. festgelegt werden.
- 10 Der Senat wird aufgefordert, zeitnahe noch mehr Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.
Daneben sollte die Innenentwicklung von Gewerbebrachen und anderen Flächen schneller vorangetrieben werden.

Bei der Vergabe öffentlicher Flächen ist auch mit dem Instrument des Erbbauvertrags zu arbeiten.

5

Der Anteil der geförderten Wohnungen soll ab dem 1.7.2018 von 25% auf 30% gesteigert werden.

5

Aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum ist zudem die Anzahl der Wohneinheiten, ab der die Sozialwohnungsbauquote in Bremen greift, deutlich zu reduzieren. Kommunen wie Mannheim u.a. zeigen, dass dies möglich ist.

Wir wollen vielfältige Quartiere und soziale Durchmischung in unserer Stadt!

- 5 Für den sozialen Zusammenhalt der Stadt ist die Durchmischung von Quartieren wichtig. Dazu gehören folgende Elemente:
- Der sozialen Durchmischung der Wohnstandorte dient das Prinzip, dass der **geförderte Wohnungsbau** für Personen mit geringerem Einkommen in **allen Stadtteilen und Ortsteilen** stattfinden soll. Bei jedem Neubauprojekt, für das städtische Flächen bereitgestellt werden oder für die das Planungsrecht geändert werden muss, soll ein Anteil von 10 30% gefördertem Wohnungsbau vorhanden sein. In Ortsteilen und Stadtteilen, die einen sehr großen Anteil von günstigem Wohnraum aufweisen, sind vor allem Wohnangebote sinnvoll, die zu einer Stabilisierung beitragen.
 - Wir begrüßen die Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion, in Quartieren des Programms Soziale Stadt den **Wohnungsbau von Familien** mit minderjährigen Kindern durch Erstattung von Grunderwerbsnebenkosten wie Grunderwerbssteuer, Grundbuchgebühren und Notarkosten zu erleichtern.
 - Zur sozialen Mischung gehört auch eine **Nutzungsmischung**: es soll keine reinen Schlafstädte oder Einkaufszonen geben. Daher sind bei allen Planungen und Weiterentwicklungen auch immer vielfältige Nutzungen vorzusehen. In jedem Fall sind Flächen für soziale und kulturelle Einrichtungen mit zu planen, aber auch für Geschäfte des täglichen Bedarfs, Cafés und Restaurants, Kleingewerbe, für Arztpraxen und vergleichbare Nutzungen. 20
 - Die Vielfalt im Quartier wird gefördert durch **unterschiedliche Wohnprojekte**: Wohnangebote für Studierende und Auszubildende, gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohn- oder Hausgemeinschaften, Seniorenwohnen mit Serviceangeboten. Dies fördert auch die **Altersmischung**. Oft sind Träger dieser Angebote Stiftungen, Genossenschaften oder soziale Vereine bzw. Wohlfahrtsverbände. Außerdem brauchen wir nutzbare Freiflächen für Kinder und Jugendliche. 25
 - Kommunen können zukünftig **auch in Gewerbegebieten neue Wohnungen** bauen. Dafür eröffnen die "Urbanen Gebiete" mehr Flexibilität. Auch diese Chance sollten wir nutzen. 30
 - Städtebaulich kann ebenfalls zur Durchmischung beigetragen werden: durch Parzellierung kleiner Grundstücke, durch **menschliche Dimensionen der Bebauung** statt monotoner Blöcke, durch übersichtliche Straßen. Die Anbindung mit dem öffentlichen Nahverkehr ist selbstverständlich. 35
 - Das Zusammenleben sollte auch durch **Begegnungsmöglichkeiten** aktiv gefördert werden: durch Bürgerhäuser oder – in kleinerem Maßstab – durch Quartierszentren. Sie sind niederschwellig zu organisieren, mit offenen Treffs wie z.B. einem Café und mit preisgünstigen Angeboten. 40
 - Die Quartiere des Programms Soziale Stadt sollen gestärkt werden. Sie brauchen die **besten Kitas und Schulen**, damit sie – neben der sozialen Integration - auch zur besseren Durchmischung Kinder aus anderen Stadtteilen anziehen, wie z.B. die GSO mit der Deutschen Kammerphilharmonie gezeigt hat. Dazu muss die Ausstattung der Kindergärten und Schulen in diesen Quartieren deutlich verbessert werden. 45

- Sehr wichtig ist vor allem Schrottimmobilien und Grundstücksbrachen aktiv zu bearbeiten, damit betroffene Ortsteile sich nicht negativ weiterentwickeln. Die Instrumente dafür sind bekannt (z. B. Bremerhaven). Der Senat muss sie nutzen.

50 Dabei ist klar: es kann nicht überall alles geben. Quartiere sollen und werden ihr spezifisches Profil behalten - und entwickeln. Auch das macht die Vielfalt einer Stadt aus. Aber wir wollen keine Ghettos, sondern sozialen Zusammenhalt. Dafür machen wir uns stark.

Wir brauchen auch Wohnungsneubau für mittlere Einkommen!

- 5 Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen von Ausschreibungsverfahren den Bau von Mietwohnungen im mittleren Marktsegment auf stadteigenen Grundstücken zu ermöglichen. Dazu sind insbesondere sog. 8 €-Häuser mit einer Nettokaltmiete von 8 €/qm in serieller Bauweise vorzusehen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 **Schulkonsens um Qualitätspakt erweitern – Oberschulen stärken, Kontinuität ermöglichen**

Die Bremer SPD bekennt sich zum Ziel einer Schule für Alle. Alle Schulen sollten sich langfristig zu modernen Oberschulen weiterentwickeln. Mit der Einführung
10 der Oberschule als Regelschule haben wir einen bedeutenden Schritt auf diesem Weg zu längeren gemeinsamen Lernen gemacht: die Oberschule steht allen Schülerinnen und Schülern offen und bietet ihnen alle allgemeinbildenden Abschlüsse, einschließlich des Abiturs für die Mehrheit der Abiturientinnen und Abiturienten. Gleichzeitig haben wir mit den anderen Parteien einen Schulkonsens geschlossen, um den Schulen Planungssicherheit zu geben und ihnen zu
15 garantieren, dass ihnen nach Jahren immer schnellschrittigerer Reformen nunmehr genügend Zeit gegeben wird, langfristig wirksame Qualitätskonzepte zu erarbeiten, umzusetzen und weiterzuentwickeln.

20 Vor diesem Hintergrund bieten wir den anderen Vertragsparteien sowie auch LINKE und FDP die Verlängerung des Schulkonsenses an. Um insbesondere unsere Grund- und Oberschulen weiter zu stärken, schlagen wir vor, den Schulkonsens um den von Senatorin Claudia Bogedan vorgeschlagenen Qualitätspakt zu erweitern. Dies beinhaltet folgende Punkte:

- 25
- Stärkung der Schulen in schwieriger Lage
 - Verstärkung der frühkindlichen Sprachförderung
 - Qualitativer Ausbau der Schulen der Sekundarstufe I
 - Zeit für eine ganzheitliche Bildung
 - Anreize für die Arbeit an Bremer Schulen schaffen, insbesondere für
30 Schulen in schwieriger Lage
 - Durchgängigkeit der Talent- und Begabungsförderung
 - Leistungsorientiertes und fächerverbindendes Lernen in der Digitalen Welt in der Primarstufe sowie den weiterführenden Schulen

35 Stärker als bisher, sollten sich auch die Gymnasien an der Inklusion beteiligen. Unser Ziel ist, dass letztlich alle Gymnasien die Inklusion umsetzen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 **»Erneuerung« nur mit klarem friedenspolitischem Profil!**

Die SPD hat in ihrem Hamburger Programm bekräftigt, eine »Friedenskraft in Deutschland und Europa« zu sein. Weiter heißt es dort:

10 »Wir knüpfen an die erfolgreiche Entspannungspolitik Willy Brandts in Europa an, für die das Konzept gemeinsamer Sicherheit, vertrauensbildende Schritte und wirtschaftliche wie zivile Zusammenarbeit wichtige Elemente waren. Wir plädieren für eine neue Entspannungspolitik, die Verständigung ermöglicht, Aufrüstung vermeidet und die friedliche Lösung von Konflikten ermöglicht.«

15 Mit Blick auf internationale Konflikte wird zudem ein »umfassender Sicherheitsbegriff« betont: »Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.« Wir fordern, dass sich die SPD in ihrer Politik wieder deutlich von diesen Handlungsmaximen leiten lässt:

- 20
- Das Ziel der Nato, die nationalen Militärausgaben bis 2024 auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern, muss ausdrücklich und eindeutig abgelehnt werden. Die Modernisierung der Bundeswehrausrüstung darf sich mittelfristig nur im Rahmen der allgemeinen Haushaltssteigerung bewegen.

25

 - Im Rahmen der verstärkten europäischen Militär- und Rüstungszusammenarbeit (PESCO) darf keine verstärkte Aufrüstung des europäischen NATO-Pfeilers betrieben oder gar unter der Hand das Ziel einer eigenständigen militärischen Großmacht neben den USA, Russland und China verfolgt werden!

30

 - Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss eindeutig im Sinne einer »Friedensmacht Europa« gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein.

35

 - Die SPD muss die Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten« unterstützen, die jüngst von Gewerkschaftlerinnen, Gewerkschaftlern und Friedensbewegung, Künstlerinnen und Künstlern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ins Leben gerufen wurde.

40

 - Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet!
 - Die Bremer SPD setzt ein Zeichen,
 - indem der Landesvorstand die Abrüstungsinitiative »Abrüsten statt Aufrüsten« für die Bremer SPD unterzeichnet,

45

 - indem ihre Bundestags- und Landtagsabgeordneten die »ICAN« Erklärung für Abgeordnete unterzeichnen, und

- indem der Landesvorstand die Initiative für ein Bündnis ergreift, das wieder jährlich einen Bremer Appell zum Weltfriedenstag am 1. September veröffentlicht.

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 **Gebührenfreie Kitas als Beitrag zur wachsenden Stadt**

Die SPD begrüßt den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Abschaffung der Gebühren für die Kindertagesbetreuung für die drei Jahre vor der Einschulung und fordert den Senat auf, eine Übernahme der Kosten durch das Land Bremen vorzusehen.

Der in den Kitas freiwerdende Erhebungsaufwand soll bereits mit der Zentralisierung des Beitragseinzugs bei der Performa zur Qualitätsverbesserung in den Einrichtungen genutzt werden.

15 Die Bremer SPD wird darüber hinaus ein Qualitätsprogramm für unsere Kitas zu einem Schwerpunktthema im Regierungsprogramm machen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 **Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte verbessern - Tarifvertrag für „HiWis“ abschließen!**

10 Die Bremer SPD begrüßt die Initiative von Studierenden und Gewerkschaften für einen Tarifvertrag für die studentischen Hilfskräfte im Lande Bremen nach dem Vorbild Berlins.

15 Der Senat wird gebeten, im Sinne der Stärkung der Tarifdeckung und des gewerkschaftlichen Organisationsbewusstseins junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Bestrebungen positiv zu begleiten. Die Inhalte eines Tarifabschlusses sind Sache der Tarifparteien.

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 **Die SPD muss die Medien-Präsenz stärken.**

Es sind neue Konzepte, mehr finanzielle Mittel und mehr Personal für die neuen Medien bereitzustellen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Umrüstungskosten

5

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zum Klimaschutz und zur Reinhaltung der Luft durch den verpflichtenden Einbau von Stickoxid mindernden Systemen an Dieselmotorkraftfahrzeugen zu starten. Und das sowohl bei Neufahrzeugen als auch bei den Fahrzeugen, die zurzeit am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen und

10

tatsächlich über die EU-Werte hinaus Stickoxide emittieren. Die Kosten für die technische Um-/Nachrüstung der Altfahrzeuge sind von dem Verursacher, der Automobilindustrie, zu übernehmen.